



# Internationale Initiative

Postfach 10 05 11 • 50445 Köln

Tel: +49-221-1 30 15 59 • Fax: +49-221-1 39 30 71

www.freedom-for-ocalan.com • info@freedom-for-ocalan.com

„Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“

Informationsdossier Oktober 2007

## Öcalan und der Konflikt in Kurdistan

– Aktuelles und Hintergründe –

Inhalt:

- Einleitung: Zur aktuellen Lage
- „Das System Imrali“ – Ein rechtsfreier Raum in Europa
- „Ignoranz gegenüber Menschenrechten“ – Das Antifolterkomitee (CPT) und die Türkei
- „Wenn die Waffen schweigen...“ – Kurdische Friedensbemühungen in der Türkei

### Erstunterzeichner der Internationalen Initiative

**Mairead Maguire** (Friedensnobelpreis, Irland), **Dario Fo** (Literaturnobelpreis, Italien), **Adolfo Perez Esquivel** (Literaturnobelpreis, Argentinien), **José Ramos-Horta** (Friedensnobelpreis, Osttimor), **José Saramago** (Literaturnobelpreis, Portugal), **Danielle Mitterrand** (Stiftung France Liberté, Frankreich), **Ramsey Clark** (ehem. Justizminister, USA), **Uri Avnery** (Gush Shalom, Israel), **Noam Chomsky** (Linguist, Publizist, MIT, USA), **Alain Lipietz** (MdEP), **Pedro Marset Carpos** (MdEP), **Lord Eric Avebury** (House of Lords, UK), **Harry Cohen** (MP Labour, UK), **Cynog Dafis** (MP Plaid Cymru, Wales, UK), **Lord Raymond Hylton** (House of Lords, UK), **Lord John Nicholas Rea** (House of Lords, UK), **Walid Jumblat** (Vorsitzender der Sozialisten, Libanon), **Rudi Vis** (MP Labour, UK), **Paul Flynn** (MP Labour, UK), **Máiréad Keane** (Sinn Féin, Nordirland), **Domenico Gallo** (ehem. Senator, Italien), **Livio Pepino** (Magistratura Democratica, Italien), **Xabier Arzalluz** (Nationalistische Baskische Partei), **Tony Benn** (MP Labour, UK), **Alain Calles** (Präsident MRAP, Frankreich), **Gianna Nannini** (Künstlerin, Italien), **Geraldine Chaplin** (Schauspielerin, Spanien), **David MacDowall** (Schriftsteller, UK), **Dietrich Kittner** (Kabarettist, Deutschland), **Alice Walker** (Schriftstellerin, USA), **Franca Rame** (Autorin, Schauspielerin, Italien), **Chris Kutschera** (Schriftsteller, Frankreich), **Prof. Dr. Jean Ziegler** (Nationalrat und Publizist, Schweiz), **Prof. Dr. Angela Davis** (University of California, Santa Cruz, USA), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrecht), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Völkerrecht, Deutschland), **Prof. Dr. Gerhard Stuby** (Völkerrecht, Deutschland), **Hans Branscheidt** (medico international, Deutschland)

## **Einleitung**

### **Zur aktuellen Eskalation in Kurdistan**

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit einigen Tagen ist der Konflikt in Kurdistan wieder auf den Titelseiten der Zeitungen. Doch wie immer, wenn blutige Gefechte zwischen Guerilla und türkischer Armee die Schlagzeilen bestimmen, verschwimmen dahinter so manche Details der Realität. Wenig ist hierzulande über die Friedensbemühungen verschiedenster kurdischer und türkischer Kreise zu lesen, die unrühmliche Rolle Europas im Konflikt wird ausgeblendet, der vermutliche Giftanschlag auf Öcalan, die Symbolfigur des kurdischen Widerstandes, wird ignoriert. Daher möchten wir einige Hintergründe zum besseren Verständnis der komplizierten Situation aufzeigen.

Während es in Europa leicht fällt, den Konflikt zu verdrängen, wenn er gerade keine Schlagzeilen macht, spüren Kurdinnen und Kurden ihn täglich am eigenen Leib. Besonders in der Türkei, dem Iran und Syrien werden immer noch ihnen elementarste Rechte vorenthalten.

Einen wichtigen Hintergrund zur aktuellen Eskalation bildet die wahrscheinliche Vergiftung von Abdullah Öcalan. Am 1. März präsentierten Öcalans Anwälte Laborbefunde, die deutlich auf eine Vergiftung mit Schwermetallen hinweisen. Seither fürchten Millionen von Kurden um sein Leben, ist Kurdistan im Aufruhr. Das Antifolterkomitee des Europarats (CPT) sah sich gezwungen, auf die Gefängnisinsel Imrali zu reisen. Fünf Monate sind seither vergangen, trotzdem ist der Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung immer noch nicht veröffentlicht. Leider hat die türkische Regierung nichts zur Aufklärung dieser Situation beigetragen, sondern die Spannungen in Nord- und Südkurdistan immer weiter geschürt. Der beginnende Friedensprozess ist vorerst völlig zum Erliegen gekommen.

Die EU könnte eine konstruktive Rolle spielen, doch hat sie trotz der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei die Kurden offenbar abgeschrieben. Seit Jahren gibt es nicht den Hauch eines Konzeptes von europäischer Seite, wie die kurdische Frage in der Türkei gelöst werden kann. Die kurdische Seite, die mehrfach tragfähige Lösungskonzepte präsentiert hat, wird systematisch ausgegrenzt, ihre Repräsentanten zu Unpersonen erklärt und so eine ganze Bevölkerung gedemütigt. Die Terrorismusdebatte seit dem 11. September 2001 hat auch in Europa dazu geführt, dass Menschenrechte völlig relativ geworden sind. Im Falle Öcalan heißt das: Die menschenrechtswidrigen Haftbedingungen werden zwar gelegentlich sanft kritisiert, letztlich aber von der Politik gebilligt. Selbst eine schleichende Ermordung durch Gift wird stillschweigend akzeptiert.

Doch Öcalan zu ignorieren führt zu nichts. Abdullah Öcalan wird von Kurdinnen und Kurden als ihr politischer Repräsentant angesehen. Rund dreieinhalb Millionen Kurdinnen und Kurden haben dies in einer Unterschriftenkampagne 2006 bezeugt. Er ist ihr bedeutsamster Vertreter im Kampf um

kulturelle Rechte und Demokratie und gilt als Symbol für die Freiheit der KurdInnen. Öcalan wendet sich gegen Separatismus und Sezessionismus und präsentiert als Lösungsperspektive einen demokratischen Mittleren Osten mit gleichberechtigten Völkern.

Im Moment scheint ein Friedensprozess weiter entfernt zu sein als je zuvor. Nach der Parlamentswahl hat das Militär in der Türkei in der kurdischen Frage wieder das Heft in die Hand genommen. Die nationalistische Hetze nimmt täglich zu, rassistische Morde und Anschläge sind Ausdruck dieser Atmosphäre. Gleichzeitig findet massive Repression gegen kurdische und linke Politiker statt, die gewählten Volksvertreter sollen mit allen Mitteln diskreditiert werden. Zuletzt hat das türkische Parlament in einem Beschluss die Regierung bevollmächtigt, Militäroperationen auf irakischem Territorium durchzuführen, obwohl klar ist, dass es keine militärische Lösung eines politischen Problems wie die kurdische Frage geben kann.

Wir wollen Frieden und eine demokratische Lösung in Kurdistan und der Türkei. Wir glauben, dass Öcalan mit seinen Konzepten für eine demokratischen Republik die Schlüsselfigur einer solchen Lösung ist. Die unmenschliche Isolationsfolter gegen ihn muss beendet, die Vergiftung gestoppt werden. Wir fürchten um sein Leben.

Daher fordern wir

- eine vollständige Aufklärung des Vergiftungsverdachts, der Bericht des CPT muss veröffentlicht und die notwendige medizinische Behandlung aufgenommen werden
- ein Ende der Isolationshaft, Imrali muss geschlossen werden
- ein sofortiges Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen
- einen Dialog zur Lösung der kurdischen Frage
- Dialog statt Gewalt: Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan

## Die Texte dieses Dossiers

Das Informationsdossier Oktober 2007 besteht aus drei Texten, die Hintergrundinformationen zur Situation und zur Rolle Abdullah Öcalans liefern.

### 1. Das System Imrali

Besonders augenfällig wird die Haltung der Türkei zur kurdischen Frage, wenn man sich betrachtet, wie sie mit dem erklärten politischen Repräsentanten von Millionen von Kurden umgeht. Die Türkei hält ihren prominentesten Gefangenen seit 1999 in illegaler Isolationshaft. Öcalan ist der einzige Gefangene auf der Festungsinsel, ohne Kontakt zu lebenden Wesen. Die Angriffe auf ihn nehmen zu. Statt sein hohes Ansehen in der kurdischen Gesellschaft als Chance für eine politische Lösung zu begreifen, versucht man, ihn zu ignorieren, mundtot zu machen, seine Gesundheit zu zerrütten und ihn schleichend zu töten - „Hinrichtung scheinchenweise“ wie es ein hoher türkischer General ausdrückte. Der Text *„Das System Imrali“* erläutert die Sonderhaftbedingungen, Sondergesetze und Sondermaßnahmen, mit denen diese scheinchenweise Hinrichtung umgesetzt wird.

## 2. Ignoranz gegenüber Menschenrechten

Seit die Anwälte Öcalans belegen konnten, dass bei ihrem Mandanten eine Schwermetallvergiftung unklarer Ursache vorliegt, hat sich unter Anderem das Antifolterkomitee des Europarats (CPT) der Angelegenheit angenommen und ist auf die Gefängnisinsel Imrali gereist - mittlerweile zum vierten Mal. Ob die Türkei wie in früheren Jahren alle (bindenden) Empfehlungen des CPT in den Wind schlägt, wie unsere Dokumentation „***Ignoranz gegenüber Menschenrechten***“ nahelegt, ist noch nicht abschließend erkennbar: Der Bericht der CPT-Mission vom Mai 2007 ist immer noch nicht veröffentlicht worden.

## 3. Wenn die Waffen schweigen...

Wo immer die Kriegstreiber sich gegenseitig an Lautstärke überbieten, verschwinden die leisen Töne und die Stimmen der Vernunft. Dabei wäre es gerade jetzt an der Zeit, sich an einige der bemerkenswerten Aussagen Öcalans zu erinnern: Den mit Verhandlungsbereitschaft gepaarten Aufruf zum Waffenstillstand vor einem Jahr, den vielfach erklärten, definitiven Verzicht auf einen kurdischen Staat, das Angebot die Waffen endgültig niederzulegen, wenn ein politischer Prozess in Gang kommt. „***Wenn die Waffen schweigen...***“ beleuchtet die Friedensbemühungen der kurdischen Seite.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Dossier nützliche Hintergrundinformationen liefern zu können.

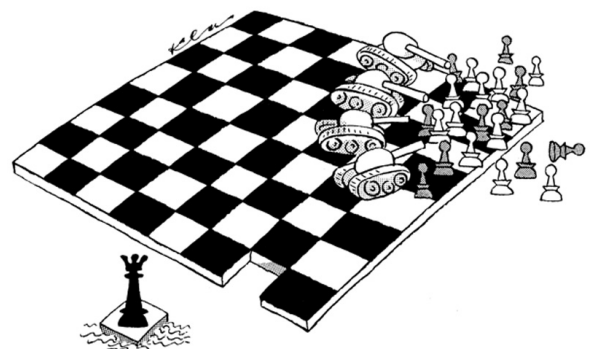
Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“  
Köln, im Oktober 2007

## Das „System Imrali“ Ein rechtsfreier Raum in Europa

Imrali ist die Insel, auf der Öcalan als einziger Gefangener eingekerkert ist – eine beispiellose Situation in Europa. Als „System Imrali“ wird darüber hinaus der gesamte Komplex aus Sonderhaftbedingungen, Sondergesetzen, willkürlichen Einschränkungen von Verteidigungsrechten und Angriffen auf seine Gesundheit bezeichnet, der immer wieder Anlass zu Protesten bietet.

### Die Insel

Bis 1999 bestand auf der Insel Imrali ein halboffenes Gefängnis. Seit dem 15. Februar 1999 ist es schrittweise zu einem einzigartigen Hochsicherheitsgefängnis umgebaut worden, in dem nur ein einziger Häftling gefangen gehalten wird: Abdullah Öcalan. Ein Gebiet im Umkreis von fünf Meilen um die Insel herum sowie der Luftraum über ihr ist zum militärischen Sperrgebiet erklärt und der Zugang von Zivilisten untersagt worden. Fast 1000 Soldaten sind ausschließlich zur Bewachung auf der Insel stationiert.



„Imrali-Schach“ (Karikatur: Klaus Becher)

Die Insel Imrali wurde offenbar gerade deshalb als Haftort ausgewählt, weil sie besonders leicht von der Außenwelt zu isolieren ist, der Zugang zu ihr für Anwälte und Familie durch allerlei Vorwände behindert werden kann.

### Überwachungstechnologie

Imrali ist das einzige Hochsicherheitsgefängnis der Türkei und gleichzeitig dasjenige, das mit der modernsten Technologie ausgestattet ist. Abgesehen von intensiven körperlichen Durchsuchungen werden Bereiche, die die Anwälte einsehen können, vollständig mit Kameras überwacht, alle Zugänge sind mit Zahlencodes gesichert, Scans der Netzhaut werden durchgeführt, die Hände werden mit Lasersensoren auf Sprengstoffreste überprüft. Das Gefängnis wird so vollständig elektronisch mit der aufwendigsten Technologie überwacht.

### Rechtliches Niemandsland, rechtsfreier Raum

Auch juristisch ist das Gefängnis Imrali eine Sonderzone. In der Türkei unterstehen die Gefängnisse dem Justizministerium. Das Gefängnis Imrali jedoch wird von einem Krisenstab geführt, das dem Ge-

neralsekretariat des Nationalen Sicherheitsrates untersteht. Der Krisenstab ist ein Sondergremium, welches laut Verfassung vorübergehend und für eine Frist von sechs Monaten in Katastrophensituationen einberufen werden kann. Im Falle von Imrali ist daraus jedoch eine dauerhafte Einrichtung geworden. Der Krisenstab besitzt kein offizielles Büro, kein Telefon und keine transparenten Arbeitsabläufe, sondern handelt völlig im Verborgenen. Wegen dieser besonderen Arbeitsweise ist keinerlei rechtliches Vorgehen gegen seine Beschlüsse möglich. In der Praxis werden seine Beschlüsse vom Militär umgesetzt. Daher handelt er nicht an Rechtsnormen gebunden, sondern völlig willkürlich und auf unklarer Rechtsgrundlage. Es wird weder erklärt, warum er überhaupt besteht, noch wie er jemals wieder abgeschafft werden kann.

## Gerichte

Die Gerichte übernehmen hierin den sichtbaren Part. Sie urteilen lediglich formell und besitzen keine wirkliche Entscheidungskompetenz. Gleichzeitig versucht man aber auch, den seit 1999 angewandten und mehrfach geänderten Praktiken eine gewisse Systematik und rechtliche Grundlage zu verschaffen. Es gibt Gesetzesänderungen, die einzig und allein für Öcalan gedacht sind und deren Vorschriften ausschließlich gegen ihn angewandt werden. Das geht aus den Debatten im Parlament und der Anwendungspraxis klar hervor. Im türkischen Rechtssystem besteht mittlerweile eine Reihe von juristischen Regelungen, die wir auch als „Öcalan-Gesetze“ bezeichnen.

Ein Beispiel hierfür sind am 1. Juni 2005 in Kraft getretenen Gesetze. Das Gesetz über den Strafvollzug erhielt eine neue Regelung, die besagt: „Auf Antrag des Oberstaatsanwalts und per Beschluss des Vollzugsrichters kann ein Beamter bei Konsultationen [des Häftlings mit seinen Anwälten] anwesend sein und die Dokumente, die diese Personen den Anwälten übergeben oder die die Anwälte diesen Personen übergeben, durch den Vollzugsrichter untersucht werden.“ Noch am selben Tag wurde diese Regelung bei der anwaltlichen Konsultation umgesetzt. Seither wird die gesamte Kommunikation Öcalans mit seinen Verteidigerinnen und Verteidigern komplett in deutlich sichtbarer Weise auf Tonband aufgezeichnet.

## Ausschluss der Verteidigung

Am selben Tag trat eine geänderte Strafprozessordnung in Kraft. Nach ihr „kann Anwälten, welche die Verteidigung oder ein Mandat von Personen übernommen haben, die wegen terroristischer Straftaten in Untersuchungshaft oder verurteilt sind, die Verteidigung oder das Mandat entzogen werden, wenn gegen sie ein Ermittlungsverfahren wegen einer Straftat eingeleitet wird, die unter den gleichen Paragraphen fällt.“ So wurden bereits eine Woche später 12 Anwältinnen und Anwälte Öcalans vom Mandat ausgeschlossen, darunter ausnahmslos alle, die von Anfang an am Prozess beteiligt waren. Auch dieser Paragraph wurde bisher lediglich gegen Öcalan angewandt. Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen.

## Willkürregime

In der Praxis werden anwaltliche Konsultationen und Familienbesuche weiterhin willkürlich verhindert, Öcalan kann frei erhältliche Druckerzeugnisse nicht bekommen, kann nicht von seinen Rechten auf Fernsehen, Besuch ohne Trennscheibe, Telefongespräche und briefliche Korrespondenz Gebrauch machen. Darüber hinaus hat er in den letzten zwei Jahren viermal eine jeweils 20-tägige Bunkerstrafe, eine Isolation in der Isolation, erhalten. Diese Strafen werden verhängt und exekutiert, ohne die Anwälte zu informieren, die somit auch keine Rechtsmittel einlegen können. Anwälte werden auf erniedrigende

und ehrverletzende Art und Weise durchsucht, sind psychologischer Repression und vielfältigem Druck ausgesetzt, was sie an der Ausübung ihres Amtes hindert.

## Die Folgen

Das „System Imrali“ hat zerstörerische Auswirkungen auf die Gesundheit Öcalans. Er hat keine Möglichkeit, seine gesundheitlichen Probleme gründlich behandeln zu lassen, statt dessen wird er in einer lebensgefährlichen Situation gehalten. Wie seine Anwälte am 1. März 2007 auf einer Pressekonferenz erklärten, wurden bei einer wissenschaftlichen Analyse seiner Haare extrem erhöhte Konzentrationen von Strontium und Chrom festgestellt, was auf die Diagnose einer chronischen Vergiftung schließen lässt. Die Regierung nahm diese Feststellungen nicht ernst, das Europäische Antifolterkomitee (CPT) besuchte daraufhin zum ersten Mal seit vier Jahren wieder die Insel. Da noch keine Erkenntnisse des CPT veröffentlicht wurden, liegen keine weiteren Informationen vor.

Der damalige Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates, General Tuncer Kilinç, erklärte bei einer Rede in Brüssel im Jahre 2002, Öcalan werde „bewusst scheinbarweise getötet“. Genau dies passiert: die Todesstrafe wurde abgeschafft, stattdessen wird eine Todesstrafe auf Raten vollstreckt.

## Fazit

Das Gefängnis Imrali ist ein rechtsfreier Raum, in dem die pure Willkür herrscht. Diese Willkür ist oft kennzeichnend für das türkische Justizsystem überhaupt, doch nirgends ist sie so sehr systematisiert und auf die Spitze getrieben wie auf der Gefängnisinsel. Zu Recht wird Imrali auch als „europäische Guantanamo“ bezeichnet, obwohl es bereits älter ist.

## Forderungen

- Die Isolation Abdullah Öcalans muss beendet werden. Er muss von der Insel Imrali, die die Grundlage der Isolation darstellt, verlegt und seine Gesundheit und Sicherheit an anderem Ort gewährleistet werden.
- Die Funde des Antifolterkomitees (CPT), insbesondere die Befunde über Gesundheit und die Vergiftung, müssen Öcalan und seinen Rechtsbeiständen mitgeteilt werden, entsprechend der gesundheitlichen Auswirkungen muss sofort von internationaler Seite interveniert werden.
- Die Schaffung eines speziellen „Öcalan-Rechts“ und die damit einhergehende Diskriminierung muss beendet werden. Sein Recht auf eine effektive Verteidigung muss gewährleistet werden.

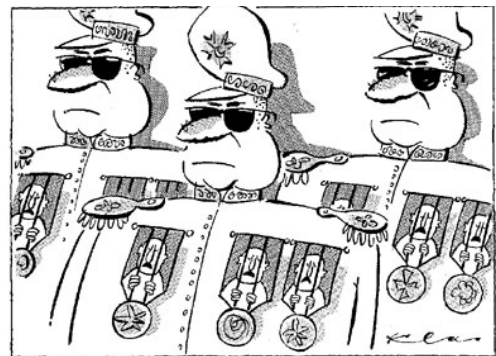
## Ignoranz gegenüber Menschenrechten

### Empfehlungen des Antifolterkomitees des Europarats (CPT) und wie die Türkei sie ignoriert

Das Europäische Antifolterkomitee (CPT) hat die Gefängnisinsel Imrali und ihren einzigen Insassen Abdullah Öcalan vor 2007 dreimal besucht. Nach jedem dieser Besuche gab das Antifolterkomitee Empfehlungen an den türkischen Staat ab, die jedoch nicht umgesetzt wurden und werden. Die frustrierende Bilanz zog das CPT selbst bereits 2001:

*„Die Delegation möchte unterstreichen, dass die gegenwärtigen, außerordentlichen Haftbedingungen für Abdullah Öcalan keinesfalls auf unbestimmte Zeit aufrecht erhalten werden dürfen.“*  
(CPT, 2001)

*„Das CPT bedauert, dass, in ihrer Antwort vom 19. Dezember 2001, die türkischen Autoritäten in Hinblick auf praktisch alle Punkte, die die Delegation vorgebracht hat, einen gegensätzlichen Standpunkt einnehmen. Diese Haltung berücksichtigt nicht die außerordentlichen Haftumstände des Herrn Öcalan und ihre potentiell negativen Auswirkungen auf seine Gesundheit.“*  
(CPT, 24. April 2002)



Karikatur: Klaus Becher

Dieses Dokument gibt einen Überblick über die daraus folgenden Verletzungen der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Einige der Empfehlungen waren:

- Die Isolation nicht über einen längeren Zeitraum auszudehnen
- Öcalan Zugang zum Raum neben seiner Isolationszelle zu gewähren
- Gelegentlicher Zugang zu einer größeren Fläche unter freiem Himmel
- Die Verlegung in ein anderes Gefängnis oder die Zusammenlegung mit anderen Gefangenen
- Einen Fernsehapparat
- Ferngespräche
- Eine unüberwachte Kommunikation mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Jedoch:

- Die Totalisolation hält mittlerweile ununterbrochen mehr als 8,5 Jahre an
- Öcalan kann den Nebenraum immer noch nicht nutzen
- Er darf sich niemals außerhalb des extrem engen, ummauerten und nach oben vergitterten Hofes aufhalten



- Er hat kein Fernsehgerät erhalten
- Er hat nicht ein einziges Mal telefonieren dürfen
- Das Recht auf Verteidigung ist völlig ausgehebelt. Jedes Gespräch mit seinen Anwälten wird mitgehört, ein Beamter ist stets präsent und nimmt alles auf Band auf. Schriftliche Kommunikation wird zensiert.

Im Mai 2007 hat erneut eine Delegation des CPT die Insel Imrali aufgesucht, weil deutliche wissenschaftliche Belege dafür vorlagen, dass eine Intoxikation mit Schwermetallen besteht. Der Bericht dieser Mission ist noch nicht veröffentlicht worden.

### **Schlussfolgerung**

Selbst die bescheidensten Forderungen wurden also nicht erfüllt. Im Gegenteil wurden die Isolationsbedingungen jedes Jahr weiter verschärft. Anstatt die Empfehlungen des CPT umzusetzen, scheint sich die Türkei über das Komitee des Europarats und dessen menschenrechtlichen Standards lustig zu machen.

Diese Haltung der Türkei ist eine klare Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Sie unterminiert so Zweck und Ansehen des CPT. Schlimmer noch, sie demonstriert, dass es ihr um Rache geht und nicht um eine Entspannung der Situation. So demütigt und provoziert sie unablässig die kurdische Bevölkerung, die die Situation auf Imrali genauestens verfolgt.

Europa hat leider diese Situation bisher geduldet und so eine erneute Eskalation zumindest billigend in Kauf genommen. Insbesondere der Ministerrat des Europarates hat sich völlig konträr zu den vom CPT und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gesetzten Standards verhalten.

**Daher ist es unumgänglich, politischen Druck auf die Türkei auszuüben, damit sie ihre Verpflichtungen gegenüber dem Europarat einhält und die Richtlinien des CPT umsetzt.**

Anhang:

- Wörtliche Zitate aus den Berichten des CPT und die offizielle Antwort der Türkei

## Berichte des CPT und Antworten der Türkei – Auszüge

Um die ignorante Haltung der Türkei gegenüber dem Antifolterkomitee des Europarats zu belegen, dokumentieren wir hier originale Zitate aus den Berichten des CPT und die Antworten der Türkei, die auf der Webseite des CPT veröffentlicht sind. Die Hervorhebungen stammen vom CPT.

Das CPT erklärte selbst:

*“The CPT regrets that, in their reply of 19 December 2001, **the Turkish authorities adopt an oppositional approach with regard to practically all of the points raised by the delegation.** Such an approach fails to take account of the exceptional circumstances of Mr Öcalan’s custody and their potentially negative effects on his health.” (24 April 2002)*

Dies ist noch immer der Fall. Dafür einige prägnante Beispiele:

### Isolation

CPT:

*“Access to a **wide range of purposeful activities** is one requirement. Further, additional steps should be taken to lend **meaning** to the period of imprisonment; in particular, the provision of individualised custody plans and appropriate psycho-social support are important elements in assisting long-term prisoners to come to terms with their period of incarceration. Further, the negative effects of institutionalisation upon prisoners serving long sentences will be less pronounced if they are able effectively to maintain **contact with the outside world.***

***The CPT recommends that the Turkish authorities devise a regime for Mr Öcalan which takes fully into account the above remarks. The Committee also recommends that the possibility be explored of transferring to İmralı one or more other prisoners, and that Mr Öcalan be allowed to associate with the prisoner(s) concerned. If necessary, existing regulations/legal provisions should be amended so as to enable these recommendations to be implemented.*** (1999 report)

*“The delegation also wishes to underline that the present, exceptional, custodial arrangements for Abdullah Öcalan cannot be allowed to continue indefinitely. In line with the CPT’s standard recommendations, he should at the earliest possible opportunity be integrated into a setting where contact with other prisoners and a wider range of activities are possible.” (2001 report)*

Türkei:

*“The Committee’s view that the prisoner cannot be held indefinitely in this prison is considered doubtful. Bearing in mind his position, status and safety, the indignation he arouses among the public and other factors, it is considered advisable, in his own interests, for him to remain in the prison where he is currently held. Of course, if and when a place is found where his safety can be fully guaranteed and the other concerns listed above can be met, his transfer to another high-security institution may be discussed.”*

Ergebnis:

Die beispiellosen Isolationshaftbedingungen, die das CPT bereits 2001 für inakzeptabel erklärt hat, bestehen bis heute weiter. Die Türkei hat keinerlei Anstrengungen unternommen, die Isolation zu verringern. Daher ist Öcalan wohl der einzige Gefangene in Europa, der seit mehr als 8,5 Jahren in völliger Isolation von anderen Häftlingen und dem Gefängnispersonal gehalten wird. Die sensorische Deprivation geht so weit, dass er kein lebendes Wesen berühren darf – nicht einmal Pflanzen.

## Vertraulichkeit der Kommunikation

CPT:

*In the light of information gathered during the visit, the delegation must also stress that he should be allowed to correspond in confidence with the European Court of Human Rights and with his lawyer.” (2001 report)*

Ergebnis:

Es wird nicht nur die gesamte eingehende und ausgehende Post gelesen und zensiert, mittlerweile wird selbst der Schriftverkehr Öcalans mit türkischen Gerichten den Anwälten vorenthalten. Juristische Verteidigung wird somit völlig zur Farce. Doch damit nicht genug: Seit 2005 wird die gesamte mündliche Kommunikation Öcalans mit seinen Anwälten überwacht und deutlich sichtbar vollständig auf Tonband aufgezeichnet. Dafür wurde eigens ein Gesetz geschaffen, das diese völlige Annulierung der Verteidigungsrechte legalisiert. Das Gesetz wird lediglich gegen Abdullah Öcalan angewandt.

## Hofgang

CPT:

*“The delegation would add that the outdoor exercise facility currently used by Mr Öcalan - a 45 m<sup>2</sup> yard surrounded by a 4 m high wall and topped with a grill - is of a rather claustrophobic design, and that its limited size and sandy surface do not facilitate real physical exertion.”*

*“Mr Öcalan is not being held in a prison accommodating other inmates, located in a town or city on the mainland; he is the only prisoner on an island situated in the Sea of Marmara, and is guarded by a large-scale security force stationed both on and around the island. Under these circumstances, the CPT is convinced that it would be possible - without jeopardising security in any respect - to offer Mr Öcalan better outdoor exercise arrangements, and in this way to help to compensate his very severe custodial situation.*

*Consequently, **the CPT invites the Turkish authorities to reflect further upon the possibility of giving effect to its delegation's proposals on the subject of outdoor exercise.**”*

*(1999 report)*

Die Antwort der Türkei:

*“Although the prison is located on a well-guarded island, the possibility that if the prisoner were taken out of the prison he might instinctively attempt to escape cannot be discounted. We cannot, therefore, agree to the Committee's suggestion that he should be allowed access from time to time to a larger area than that reserved for open-air exercise. It should also be borne in mind that privileged treatment for Öcalan might cause unrest among the inmates of other high-security prisons.”*

Ergebnis:

Keine Veränderung bis auf den heutigen Tag. Das Areal für den Hofgang wurde nicht vergrößert. Im Gegenteil, die Vergitterung und der Bodenbelag wurden verschlimmert, um das „klaustrophobische Design“ noch zu verstärken.

## Innenraum

CPT:

*“However, the CPT notes with regret that the delegation's proposal that Mr Öcalan be allowed to circulate freely between his cell and the room adjoining it during part of the day has apparently not*

*yet been acted upon. Such a modest extension of Mr Öcalan's living space would be fully in line with the situation found in many high security units in Europe, and could do much to safeguard his mental health. Given the configuration of the premises and the staffing arrangements, it cannot seriously be maintained that implementation of this measure would jeopardise security. Consequently, **the CPT recommends that the Turkish authorities reconsider their position on this subject.**" (1999 report)*

Türkei:

*"Consideration has been given to the CPT's comments on criteria for high-security units in prisons. Some of them are already applied in this establishment. While we share many of these comments, extreme vigilance is required to prevent any unfortunate incident, including suicide, given that Öcalan has been sentenced to death. For this reason, keeping him in his own living area, in which it is easier to ensure his safety and keep him under constant surveillance, and taking him out under staff supervision at the times specified for open-air exercise, is a valid and reliable arrangement. As a result of this practice, no problems have arisen to date. For the security reasons referred to above, we cannot share the Committee's comment that the prisoner could have been allowed to circulate freely between his cell and the adjoining visitors' room."*

Ergebnis:

Öcalan kann den angrenzenden Raum immer noch nicht benutzen, die Forderungen wurden komplett ignoriert.

## Medizinische Versorgung

CPT:

*"The delegation feels that the time has now come, after two years, to review the present medical monitoring procedures. In its view, the current twice-daily stereotyped checks performed by a constantly changing series of doctors should be replaced by regular, in the first instance fortnightly, medical consultations with the same doctor. This would allow the development and continuity of a meaningful doctor/patient relationship. This doctor should, inter alia, co-ordinate the intervention of specialists." (2001 report)*

Die türkischen Autoritäten haben **überhaupt nicht** auf diese Empfehlung reagiert, was besonders bemerkenswert ist.

Ergebnis:

Die Routineuntersuchungen gehen in der gleichen Manier weiter, während sich die gesundheitlichen Probleme des Häftlings ständig verschlimmert haben. Anträge auf Untersuchungen durch Fachärzte wurden wiederholt abgelehnt.

## Medien

CPT:

*"Further, it would be highly desirable to allow him to acquire a television set. These measures would help to counter the potentially negative effects of the exceptional circumstances of his custody. Like all other prisoners in Turkey, Abdullah Öcalan should also be allowed access to the telephone on a regular basis; given the remote location of İmralı Prison, it would be appropriate for him to have telephone access not only to his relatives but also to his lawyer." (2001 report)*

Türkei:

*“Abdullah Öcalan, the inmate of İmralı Closed Prison, is an extremely dangerous international terrorist. [...] A further consideration to be borne in mind is the reaction of the general public and of other prisoners in the same situation if the prisoner who has caused such damage to the community were to be given a right not embodied in national or international standards. This is entirely a matter for the discretion of the prison administration. Prisoners of the same type in many west European countries are known not to be allowed television sets. [...] It is not planned to give a television set to Abdullah Öcalan.”*

Ergebnis:

Er hat kein Fernsehgerät erhalten. Das einzige elektronische Medium ist ein Radio, das fest auf einen Kanal eingestellt ist und häufig gar nicht funktioniert.

## Zugang zu Anwälten und Familienbesuche

CPT:

*“The CPT recommends that the Turkish authorities take immediate steps to find means of ensuring that Abdullah Öcalan’s right to receive visits from his relatives and lawyers is fully effective in practice. **The relevant instructions should be modified so that, if necessary, İmralı-10 can be used to transport relatives and lawyers of Abdullah Öcalan to İmralı Island or, if that boat is unavailable, a coastguard vessel. Further, a degree of flexibility should be introduced concerning the day of the visits, so that if during a given week adverse weather prevents all means of transport from reaching the island on the allocated day, visits can take place on another day.**” (2003 report)*

Türkei:

*“The CPT recommends that visits which cannot take place on Wednesdays should be held on another day. [...] All in all, as this involves the complex organisation of inter-related factors, it is impossible to alter the entire schedule within a short time.”*

*“In response to the Chief Public Prosecutor’s letter and in view of the transport problems encountered, the Ministry of Justice has taken the necessary steps to acquire a new and more seaworthy vessel. However, we consider that the purchase of a new vessel is at the same time a budgetary problem and that in this connection our country’s economic problems need to be borne in mind.”*

Ergebnis:

Der Zugang zur Insel hat sich in keiner Weise gebessert – weder für die Anwälte, noch für die Angehörigen. Weiterhin werden regelmäßig anwaltliche Besuche und fadenscheinigen Vorwänden willkürlich verhindert.

## Umstände der Familienbesuche

CPT:

*Finally, the CPT understands that although he has been imprisoned for over four years, visits to Abdullah Öcalan by his relatives still take place under very restrictive conditions, namely with the prisoner and his visitors sitting in two separate rooms on opposite sides of a glass panel and communicating via a telephone. **The Committee invites the Turkish authorities to allow visits to Abdullah Öcalan by his relatives to take place under the conditions applied to his***

*lawyers, namely in the same room, the prisoner and his visitors seated on opposite sides of a table.” (2003 report)*

Türkei:

*Ministry of Justice Circular No.9-51 of 8 April 2002 allows all remand and sentenced prisoners who are not subject to a disciplinary penalty other than a reprimand to receive one open visit a month from their mothers, fathers, spouses and children. [...] Öcalan is also able to exercise the right to open visits under the conditions stated above.*

Ergebnis:

Die türkische Antwort ist eine glatte Lüge. Öcalan sieht seine Geschwister rund einmal im Monat, und niemals ohne Trennscheibe, wie es das Recht aller Häftlinge ist.

## Wenn die Waffen schweigen...

### Informationen zum Stand der kurdischen Friedensbemühungen in der Türkei

#### Ist ein Frieden möglich? – Die kurdische Frage und die Türkei

Die Problematik der kurdischen Frage ist das Produkt weitreichender historischer und gesellschaftlicher Widersprüche. Seit mehr als zweihundert Jahren drücken sich diese in Aufständen und ihrer gewaltsamen Niederschlagung aus.

Das Problem entstand nicht erst mit der PKK. Vielmehr machte sie erst die Problematik international bekannt. Die PKK entstand als Folge einer Staatsdoktrin, die auf der Leugnung der kurdischen Identität und die kulturelle Assimilation des kurdischen Volkes beruht. Sprachverbot, Rechtlosigkeit und alltägliche Schikane bildeten den Nährboden für den kurdischen Widerstand.

Ohne die Politik derjenigen Staaten in Betracht zu ziehen, denen die Leugnung und Vernichtung der kurdischen Identität ein zentrales Anliegen ist, lässt sich das kurdische Phänomen nicht begreifen. Die kurdische Frage ist deshalb weniger als „Terrorproblem“ zu sehen, denn als Kampf eines Volkes für die eigene Freiheit und um das eigene Überleben.

Die Problematik ist nicht allein auf die Türkei beschränkt. Auch im Iran, Irak und in Syrien harrt sie ihrer Lösung. Deshalb ist die kurdische Frage auch ein Problem des gesamten Mittleren Ostens. Die Existenz einer weit verstreuten kurdischen Diaspora unterstreicht die internationale Dimension des Problems.

#### Kurden als Opfer staatlicher Gewalt und Verleugnung



Karikatur: Klaus Becher

Mehr als vierzigtausend Menschen haben bisher im türkisch-kurdischen Konflikt ihr Leben verloren. Die meisten von ihnen waren Kurden. Immer wieder beschäftigt dieser Konflikt auch die internationale Rechtsprechung. Tausende von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, in denen gegen die Türkei entschieden wurde, sprechen für sich. Zahlreiche Untersuchungen und Berichte von Menschenrechtsorganisationen spiegeln nur begrenzt das Leid wieder, das die Kurden durch staatliche Gewalt und Willkür erleiden. Folter, millionenfache Vertreibung, extralegale Hinrichtungen,

Giftgaseinsätze – die Liste staatlicher Verbrechen gegen die Kurden ist lang. Die weitreichenden Folgen des gewaltsamen Konfliktes auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Gefüge der Türkei sind

immens. Die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte und die Schaffung einer demokratischen Kultur werden so verhindert. Überzogener Nationalismus und Lynchjustiz sind zu einer festen Institution geworden, weshalb die Türkei einem Land gleicht, in dem eine faschistoide Grundstimmung die gesellschaftliche Entfaltung lähmt.

Die Kurden wollen ihre Rechte auf politischem Wege erlangen. Dabei setzen sie sich immer wieder staatlicher Willkür aus. Internationale Unterstützung können diese Aktivisten nicht erwarten. Der türkische Staat wird vielmehr in seinem Vorgehen gegen oppositionelle und demokratische Kreise durch seine „Bündnispartner“ ermutigt, weshalb er keine Veranlassung sieht, von seiner destruktiven Politik abzulassen.

Die Antwort auf die kurdischen Forderungen nach kulturellen und sprachlichen Rechten bleibt gleich. Statt auf eine politische Lösung setzt der türkische Staat auch weiterhin auf Gewalt. Entweder geben die Kurden auf oder sie werden vernichtet, lautet allerorten die Botschaft. Die politische Flexibilität, die Spanien, England, Indonesien oder gar Israel im Umgang mit ihren vergleichbaren Problemen aufbringen, bleibt in der Türkei nur ein Wunschtraum.

Keine wirkliche Initiative zum Kurswechsel ist zu erkennen. Stattdessen bestehen halbstaatliche Todesschwadronen und das Regime des „tiefen Staates“ fort. Je nach Bedarf kommen diese gegen die kurdische Opposition zum Einsatz und verbreiten Terror unter der Zivilbevölkerung. Immer noch sind staatsterroristische Aktivitäten wie die Vorkommnisse von „Susurluk“ und „Şemdinli“ ein Synonym von türkischer Realpolitik. Trotz vielseitiger Bemühungen von Justiz und zivilgesellschaftlichen Gruppen wurde eine wirkliche Aufklärung der Verstrickung von staatlichen Stellen und Mafia durch die politische und bürokratische Führungsschicht der Türkei verhindert. Das türkische Militär, die zweitstärkste NATO-Armee, stellt heute das größte Hindernis für die Demokratisierung der Türkei und die Einleitung eines bilateralen Friedensprozesses dar.

### **Kurdische Friedensbemühungen und Waffenstillstände**

Kaum ein Volk weiß wie die Kurden den Frieden zu schätzen. Frieden bedeutet für sie die Anerkennung ihrer kulturellen, sprachlichen und politischen Identität, sowie ein Leben ohne Unterdrückung und Gewalt. Vor allem die Kurden haben unter der Gewalt zu leiden, weshalb sie auf eine gewaltfreie Lösung drängen.

Das Schweigen der Waffen ist ihnen deshalb eine Herzensangelegenheit. Ein Waffenstillstand bedeutet für sie den Anfang eines in die Zukunft weisenden Weges. Die Chance auf eine politische Lösung beflügelt die Hoffnung der Kurden auf Frieden.

Dies drückt sich auch in der kurdischen Politik auf vielfältige Weise aus. Als der Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, 1993 einen einseitigen Waffenstillstand verkündete, unterstrich er seine Überzeugung, dass Gewalt kein Mittel zur Lösung bestehender Probleme sein kann. Gleichzeitig betonte er, dass dieser einseitige Waffenstillstand nicht taktischer Natur sei, sondern allein dem Willen zur politischen Lösung entspreche. Um den Jahrhunderte währenden Konflikt zu lösen, bedürfe es, so Öcalan, der Schaffung einer gemeinsamen Grundlage für das türkische und kurdische Volk. Hierfür forderte er entsprechende Änderungen in der türkischen Verfassung und Gesetzgebung.

Kurz darauf unterbreitete er ein Lösungskonzept, das im Frühjahr 1994 in Brüssel während der „Internationalen Kurdistankonferenz“ vorgestellt wurde, an der mehr als zweihundert Politiker, Wissenschaftler und Künstler aus fünunddreißig Ländern teilnahmen.



Demnach sei die kurdische Freiheitsbewegung für sämtliche Lösungsmodelle offen, alle Initiativen seitens internationaler Institutionen oder von Staaten werden begrüßt. Weder trachte man nach einer Sezession von der Türkei, noch sei dies Bestandteil des Programms der kurdischen Freiheitsbewegung. Man wünsche sich nichts mehr, als die bestehenden Probleme auf dem Wege des Dialogs zu lösen. Beim Zustandekommen eines bilateralen Waffenstillstands unter internationaler Beobachtung und der Aufnahme von Friedensverhandlungen wolle man konstruktiv mitwirken. Sobald die Grundlagen für eine politische Lösung und für eine freie politische Betätigung geschaffen sind, sei man zur vollständigen Niederlegung der Waffen bereit.

Diese von Abdullah Öcalan formulierten Eckpunkte, die auch mit den einseitigen Waffenstillständen von 1995 und 1998 unterstrichen wurden, haben bis heute nichts von ihrer Gültigkeit verloren. In der Waffenstillstandserklärung vom 1. September 1998 unterstrich der Kurdenführer seine Überzeugung, dass die Anwendung von Gewalt zu verurteilen sei, solange auch die kleinste Chance auf eine friedliche Lösung besteht. Terror und Gewalt dürften demnach kein Bestandteil einer Konfliktlösung sein. Insbesondere die kurdische Freiheitsbewegung sei für eine friedliche Lösung offen.

Auch nach seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung am 15. Februar 1999 aus Kenia, setzte Abdullah Öcalan seine Friedenbemühungen unter erschwerten Bedingungen fort. Mit seiner Verteidigungsschrift im Prozess von Imrali, der im Mai 1999 stattfand, entwarf er ein Manifest für die politische Lösung des Konfliktes, mit dem er auch den ideologischen Kurswechsel und organisatorischen Transformationsprozess der kurdischen Freiheitsbewegung einleitete.

Abdullah Öcalan rief kurz darauf die PKK zum Rückzug aller bewaffneten Kräfte auf Territorien außerhalb der Türkei auf. Die PKK entsprach diesem Aufruf vollständig. Als Geste des guten Willens entsandte sie zwei Friedensdelegationen in die Türkei, mit der das eigene Bestreben zur Teilnahme am demokratischen politischen Leben unterstrichen werden sollte. Außerdem stellte die PKK eine vollständige Entwaffnung im Zuge einer Friedenslösung in Aussicht. Dieser einseitige Waffenstillstand hielt sechs Jahre. Sechs Jahre, in denen eine politische Lösung hätte forciert werden können.

Leider blieben diese Initiativen seitens der türkischen Regierung unbeantwortet. Zwar verabschiedete das türkische Parlament im Rahmen der Annäherung an die Europäische Union eine Reihe von Reformpaketen. Im alltäglichen gesellschaftlichen und politischen Leben der Türkei spiegelten sich diese jedoch kaum wieder. Statt in der kurdischen Frage einen Kurswechsel einzuleiten, spielte der türkische Staat auf Zeit. Gleichzeitig wurden die militärischen Operationen verstärkt. Die Anzahl der Menschenrechtsverletzungen nahm zu. Die Dimension der Menschenrechtsverletzungen während der Jahre des schmutzigen Krieges wurde teilweise übertroffen.

### **Eine weitere Chance für den Frieden – Der Waffenstillstand vom 1. Oktober 2006**

Zahlreiche Intellektuelle und zivilgesellschaftliche Organisationen ergriffen Initiative und riefen die Konfliktparteien zum Waffenstillstand auf. Am 1. Oktober 2006 forderte deshalb Abdullah Öcalan die kurdische Freiheitsbewegung zum erneuten Waffenstillstand auf, die diesem Aufruf kurze Zeit später Folge leistete. Dabei erinnerte er jedoch daran, dass diese Bemühungen nicht neu seien. Auch habe es schon vor 1999 vergleichbare Versuche gegeben, die aber allesamt ergebnislos verlaufen seien.

Einen Grund hierfür sieht Öcalan darin, dass der türkische Staat diese Friedensbemühungen stets als „Schwäche“ ausgelegt habe. Dies drückt sich auch in der staatlichen Propaganda aus, welche die PKK und Öcalan am Rande des Zusammenbruchs sieht, weshalb man im harten Vorgehen nicht nachlassen dürfe. Andere sehen im Waffenstillstand nur einen taktischen Winkelzug der PKK. Aber auch diesmal

werde es der türkischen Armee nicht gelingen, so Öcalan, die PKK zu vernichten. Um ein weiteres Blutvergießen zu verhindern, bedürfe es jedoch auch des Friedenswillens des türkischen Staates und der türkischen Politik. Hierfür sei die Einstellung sämtlicher militärischen Operationen ein wichtiger Schritt. Bis auf weiteres werde die PKK die Waffen schweigen lassen, solange sie nicht angegriffen werde. Man werde alles tun, so die PKK, um zu einem bilateralen und dauerhaften Waffenstillstand zu kommen. Sollten auf diesem Wege Fortschritte erzielt werden, sei man auch zum Rückzug der eigenen bewaffneten Kräfte auf Territorien außerhalb der Türkei bereit. Im Falle der Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen, sei man zum Niederlegen der Waffen und zur Teilnahme am politischen Leben bereit.

Insbesondere unter den Kurden stieß der Waffenstillstand auf breite Unterstützung. Mit vielfältigen Aktionen unterstrichen sie ihren Willen zu einer friedlichen Lösung. Zahlreiche Intellektuelle und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen begrüßten den Waffenstillstand, der von ihnen als wichtiger Schritt zum Frieden bezeichnet wurde.

Die Führungsspitze der türkischen Armee lehnte jedoch den Waffenstillstand sofort vehement ab. Man werde, so das türkische Militär, den Kampf gegen den „Terrorismus“ solange fortführen, bis auch der letzte „Terrorist“ vernichtet sei. Sehr schnell lenkte die Regierung auf den harten Kurs der Militärs ein und überließ der Armee die Initiative. Diese tat das, wovon sie am meisten versteht. Heftige Gefechte waren die Folge. Auf beiden Seiten kam es zu schweren Verlusten. Innerhalb eines Jahres starben mehrere Hundert Menschen in Gefechten, die Armee führte mehr als 400 Operationen durch. In den letzten Tagen und Wochen eskaliert die Gewalt nun massiv, grenzüberschreitende Militäroperationen werden ebenso diskutiert wie ethnische Säuberungen. Selbst wenn die kurdische Seite erklärt, dass der Waffenstillstand eigentlich immer noch in Kraft sei, dürfte er bei dieser harten Haltung der Militärs nur geringe Aussichten auf eine Zukunft haben.

### **Was für eine Lösung wollen die Kurden?**

Immer wieder ließ die kurdische Seite die Waffen schweigen, um dem Frieden eine Chance zu geben. Unbeirrt von den Zurückweisungen von Regierung und Militär bekennt sie sich zu einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage *innerhalb der bestehenden Landesgrenzen*. Von einem separaten kurdischen Staat ist dabei nirgends die Rede. Bekräftigt wird dies in zahlreichen Erklärungen, Stellungnahmen und Deklarationen, in denen die kurdische Seite ihre Lösungsvorschläge unterbreitet.

Die Kurden und ihre politischen Vertreter sehen immer noch das Lösungskonzept von Abdullah Öcalan, das er 2002 der Öffentlichkeit vorstellte, als Grundlage für einen Friedensprozess an.

1. Demnach seien die Kurden eine treibende Kraft für die Demokratisierung der Türkei. Die kurdische Identität müsse anerkannt, die kulturellen und sprachlichen Rechte der Kurden sollen verfassungsrechtlich garantiert sein. Sie müssen als vollwertige Bürger anerkannt werden.
2. Den Kurden müsse Kraft des Gesetzes gestattet sein, uneingeschränkt ihre Sprache sprechen zu können und ihre Kultur zu entfalten. Radio, TV und Presse in kurdischer Sprache dürfe nicht reglementiert werden. Die freie Entfaltung von kulturellen Aktivitäten dürfe nicht durch Gesetze und Bestimmungen beschnitten werden. Die kurdische Sprache müsse der türkischen Sprache gleichgestellt werden. Eine Sondergesetzgebung gegenüber der kurdischen Sprache sei nicht hinnehmbar.

3. Muttersprachlicher Unterricht müsse auch in der kurdischen Sprache möglich sein. Die Erschließung der kurdischen Kultur dürfe den Studenten nicht länger verwehrt werden. Die freie Entwicklung der kurdischen Sprache und Literatur dürfe nicht länger behindert werden.
4. Das Recht auf freie Organisation und freie politische Betätigung der Kurden müsse garantiert sein. Gesetzliche Hindernisse müssen beseitigt werden.
5. Das Wahl- und Parteienrecht müsse demokratisiert werden. Die Partizipation sämtlicher politischen Kräfte der Kurden am demokratischen politischen Leben müsse garantiert sein.
6. Die Rechte der Kommunen gegenüber der Zentralmacht seien zu stärken und gesetzlich zu garantieren.
7. Die paramilitärischen Dorfschützerverbände und halbstaatlichen Todesschwadronen seien umgehend aufzulösen.
8. Die Rückkehr von Millionen gewaltsam aus den kurdischen Gebieten vertrieben Menschen muss gewährleistet sein. Hierfür seien vom Staat sämtliche verwaltungsrechtliche, gesetzliche, wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen zu schaffen. Ein wirtschaftliches Hilfsprogramm ist somit unabdingbar. Die durch den Krieg zerstörten kurdischen Regionen sind wirtschaftlich wieder aufzubauen. Sozialstaatliche Angebote für die vom Krieg entwurzelten Menschen seien zu schaffen.
9. Für eine Wiedereingliederung von kurdischen Guerillakämpfern in die Gesellschaft seien die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Das hierfür notwendige Wiedereingliederungsgesetz dürfe jedoch niemanden ausschließen. Das Recht auf freie politische Betätigung müsse garantiert sein.
10. Sollte die kurdische Frage nicht gelöst und den Kurden ihre Rechte auch weiterhin vorenthalten werden, behalte man sich das legitime Recht auf Selbstverteidigung vor.

## Schlussfolgerung

Wenn die Waffen schweigen, ist die Zeit des Wortes. Die kurdische Frage ist militärisch nicht zu lösen. Nur im Dialog kann eine Lösung erarbeitet werden, die allen beteiligten Seiten am Konflikt gerecht wird. Die Forderungen der Kurden sind minimal. Sie entsprechen den allgemeinen Menschenrechten, die sie selbstverständlich für sich einfordern. Die türkische Regierung und Armee hingegen will von alledem nichts wissen. Die kurdische Hand zum Frieden wird ausgeschlagen. Immer noch glaubt man, mit militärischen Mitteln Vorteile für sich erringen zu können. Ein sehr gefährliches Spiel. Die Geduld der Kurden ist nach all den Jahren ihrer erfolglosen Friedensbemühungen begrenzt. Der letzte Waffenstillstand war bereits vielfach als letzte Chance für eine gemeinsame Perspektive von Türken und Kurden bezeichnet worden. Eine strategische Umorientierung der kurdischen Freiheitsbewegung, welche eine Sezession mit einschließt, ist nicht mehr ausgeschlossen, womit eine weitere Eskalation des Konfliktes vorprogrammiert ist. Dies muss verhindert werden.

Die Friedensbemühungen der Kurden müssen unterstützt werden. Große Anstrengungen sind von Nöten, damit aus dem fragilen Waffenstillstand eine dauerhafte Lösung erwächst. Deshalb ist die internationale Staatengemeinschaft gefordert, die Türkei zu einer konstruktiveren Haltung in der kurdischen Frage zu bewegen.

Die Stigmatisierung der kurdischen Nationalbewegung als „terroristisch“ bestärkt die Türkei in ihrer destruktiven und rückwärtsgewandten Politik. Deshalb müssen kurdische Parteien und Organisationen von der rechtlich fragwürdigen europäischen „Terrorismusliste“ gestrichen werden.

Der Kurdenführer Öcalan hat in zahlreichen Initiativen bewiesen, dass er eine konstruktive Rolle bei der Suche nach einer politischen Lösung innehat. Diese ist zu unterstützen. Ein erster Schritt muss deshalb die Aufhebung seiner Isolationshaft sein. Sein angegriffener Gesundheitszustand und die vermutete Vergiftung geben Anlass zu massiver Sorge, weshalb seine Rechtsanwälte die Offenlegung des jüngsten Berichtes des Antifolterkomitees fordern. Letztendlich muss jedoch die Gefängnisinsel Imrali geschlossen werden. Ein rechtsfreier Raum, ähnlich dem von Guantánamo, darf insbesondere bei einem EU-Beitrittskandidaten nicht geduldet werden.

Internationale Initiative

Köln, im Oktober 2007